

**ÖFFENTLICHE
BESCHLUSSVORLAGE****Amt/Eigenbetrieb:**

43 Amt für Weiterbildung und Medien

Beteiligt:

20 Stadtkämmerei

30 Rechtsamt

OB Oberbürgermeister

Vorstandsbereich für Finanzen, Liegenschaften, Zentrale Steuerung und Zentrale Dienste

Betreff:

Änderung der Entgeltordnung der HagenWeiterbildung Volkshochschule

Beratungsfolge:

17.03.2005 Haupt- und Finanzausschuss

24.03.2005 Kultur- und Weiterbildungsausschuss

07.04.2005 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

**ZUSAMMENFASSUNG/
BESCHLUSSVORSCHLAG**

Teil 2 Seite 1

Drucksachennummer:

0028/2005

Datum:

17.01.2005

Die Änderung der Entgeltordnung der HagenWeiterbildung Volkshochschule der Stadt Hagen, die als Anlage Gegenstand der Niederschrift ist, wird beschlossen.

**ZUSAMMENFASSUNG/
BESCHLUSSVORSCHLAG**

Teil 2 Seite 2

Drucksachennummer:

0028/2005

Datum:

17.01.2005

Der § 4 Abs. 1 und 2 soll gemäß HARTZ IV neu formuliert werden:

§ 4 Abs. 1 in der zur Zeit gültigen Fassung lautet:

Teilnehmer/innen, die bei der Anmeldung nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt durch Arbeitslosenhilfe (Vorlage des Bewilligungsbescheides der Bundesagentur für Arbeit) oder Sozialhilfe (Vorlage des Sozialhilfebescheides) bestreiten, erhalten je Semester für eine Veranstaltung eine 50%-ige Ermäßigung auf die Entgeltzahlung.

Diese Formulierung soll wie folgt ersetzt werden:

Teilnehmer/innen, die bei der Anmeldung nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt durch **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld** (Vorlage des Bewilligungsbescheides der Bundesagentur für Arbeit **bzw. Vorlage des Bewilligungsbescheides des Sozialamtes**) bestreiten, erhalten je Semester für eine Veranstaltung eine 50 %-ige Ermäßigung auf die Entgeltzahlung.

§ 4 Abs. 2 in der zur Zeit gültigen Fassung lautet:

Teilnehmer/innen, die bei der Anmeldung nachweisen, dass sie

- a) Empfänger/innen von Arbeitslosengeld
 - b) Schüler/in, Student/in oder Auszubildende/r nach den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes
 - c) Grundwehrdienst –oder Zivildienstleistender
- sind, erhalten je Semester für eine Veranstaltung eine 25 %-ige Ermäßigung auf die Entgeltzahlung.

Diese Formulierung soll wie folgt ersetzt werden:

Teilnehmer/innen, die bei der Anmeldung nachweisen, dass sie

- a) Empfänger/innen von **Sozialhilfe**
 - b) Schüler/in, Student/in oder Auszubildende/r nach den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes
 - c) Grundwehrdienst –oder Zivildienstleistende
- sind, erhalten je Semester für eine Veranstaltung eine 25 %-ige Ermäßigung auf die Entgeltzahlung.

**FINANZIELLE
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0028/2005

Datum:

17.01.2005

☒ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Veröffentlichung:

Ja
Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerin

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

43 Amt für Weiterbildung und Medien
20 Stadtkämmerei
30 Rechtsamt
OB Oberbürgermeister
Vorstandsbereich für Finanzen, Liegenschaften, Zentrale Steuerung und
Zentrale Dienste

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

